

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,75 Mk., monatlich 2,25 Mk.
 Einzelnummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Monatlich 2,25 Mk., zzgl. Zustellungs-
 gebühr. Unter Kreuzband für Deutsch-
 land u. Oesterreich-Ungarn 5,50 Mk.,
 für das übrige Ausland 9,50 Mk., bei
 täglich einmaliger Zustellung 7,50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Rußland, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
 Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
 zweimal, Sonntags einmal.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Redaktionskolonne (einmalig) kostet
 40 Hg. „Kleine Anzeigen“, das
 feigebrachte Wort 10 Hg. (zählend
 2 feigebrachte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Hg. Stellenanzeigen und
 Schlußzeilenanzeigen das erste Wort
 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg.
 Rechte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Feuerungsanzeigen 30%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 70 Hg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptredaktion Berlin
 S. 68, Lindenstraße 3, ankommen
 werden. Schlußzeit von 9 Uhr (für die
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Mittwoch, den 27. November 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Reichskonferenz.

Ausführlicher Bericht der Nachmittagsitzung.

Darth erklärt, er sei nie gegen eine Konstituante gewesen, aber gegen deren Ueberstürzung, die er nicht für die wichtigste Aufgabe halten könne. Erwerbslosenunterstützung, Kriegsbeschädigtenunterstützung, Sozialversicherung können in einer Nationalversammlung nur langsam vorwärts zusammengefaßt werden. Die Reichskonferenz sei bitter notwendig, und dazu müssen die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen werden. Wenn diese den Entwurf der Nationalversammlung ausarbeiten, werde man sehen, daß sie nicht nach Klassenherrschaft streben. Niemand wolle die Diktatur bezweigen, aber alle revolutionären Kräfte seien zur Befreiung aller Völker freizumachen.

Merges-Braunschweig spricht in der schon berichteten Weise gegen die hier verammelte illustre Gesellschaft (die Staatssekretäre), die er als Avantgarde der Konterrevolution bezeichnet. Schließlich fragt er: Was gedenkt die Regierung für den Schicksal der Einzelstaaten zu tun und was zur Förderung der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte?

Ebert verweist gegenüber diesen Angriffen darauf, daß die Regierung von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte getragen werde. Das Gerücht, der General Sirj von Arnim habe sich gegen die Soldatenräte ausgesprochen, sei völlig gegenstandslos. Er habe keinen davorstehenden Befehl gegeben und kein Offizier habe in Baden gegen die Revolution geteilt.

Lebebour protestiert dagegen, daß der Volkstag nicht eingeladen sei.

Ebert stellt richtig, daß der Arbeiter- und Soldatenrat auf seine Seite zur Information zugelassen worden sei.

Crispien-Württemberg sagt: Wir glauben ein Programm der Regierung entwickelt zu bekommen und haben nur vorrevolutionäre Herren gehört. Nach russischer Methode ist bei uns nichts zu machen, aber bei der Hebe gegen den Bolschewismus wird manches als solcher gebrauchbar, was nur sozialistisch ist. Er appelliert über die Führer hinweg an die Einsicht der Arbeiter, um die Ergebnisse der Revolution zu sichern. In Württemberg bestanden Schwierigkeiten mit der Spartakusgruppe, aber die Einsicht der weitaus größten Mehrheit der Arbeiter sei gesichert.

Weiß-Baden spricht für baldige Nationalversammlung, weil ohne sie kein Frieden möglich sei.

Eidner führt aus, die Frage ist, ob wir in kurzer Zeit noch leben. Kommen wir nicht zum Frieden, so haben wir nichts zu sozialisieren. Ich bin ein Gegner des Bolschewismus, aber man soll aus ihm seinen Popanz der Gegenrevolution machen. Wollen wir im Augenblick der Herrschaft sozialisieren oder, wie Marx es wollte, die Wüste? Bei uns wollen die Kapitalisten schon verhaftet werden! Arbeiter- und Soldatenräte und Bauernräte sind die Grundlage der künftigen Arbeit, die Nationalversammlung ist selbstverständlich, aber die Revolution ist nicht Demokratie, sondern will erst Demokratie schaffen. Gegen Berlin als den Herz des Weltkrieges besteht eine ungeheure Mißstimmung. Aber wir wollen die Reichseinheit, einschließlich Deutsch-Oesterreichs. Er spricht dann über die rein sozialistische Umformung der Regierung und die Weichung des auswärtigen Amtes mit unbelasteten Männern. Schließlich schlägt er ein Präsidium vor. Die Entente erläßt, auch die Radikalen seien ihr als Unterhändler recht, wenn sie nur vom Reichswillens getragen und von der Kriegsschuld unbelastet seien.

Ebert stellt fest, daß die gesamte politische Leitung auf den Volksbeauftragten ruhe, welche alle Entscheidungen fällen. Aber die äußerst komplizierte Reichswirtschaft macht die Zuziehung von Fachmännern nötig, weshalb an alle Beamte der Appell zur Weiterarbeit ergeht. Staatssekretär Solf sei während des ganzen Krieges ein Verfechter des Verständigungsfriedens gewesen. Erzberger habe den Auftrag für die Friedensverhandlungen schon von der alten Regierung bekommen und war angeht: der bei Tag und Nacht zu führenden Verhandlungen im Reichsinteresse gar nicht zu entscheiden. Staatssekretär Preuß sei einer der ersten staatsrechtlichen Autoritäten und solle das Reich wieder aufbauen helfen. Das Reichsarbeitsamt und das Reichsberufungsamt lägen in den Händen von Parteifreunden. Das Schatzamt zu übernehmen habe Schiffer sich zuerst gestraut, aber schließlich angesichts der höchsten Dringlichkeit zugestimmt; außerdem hätten jedem Staatssekretär Vorgesetzte der sozialistischen Parteien zur Seite. Die Oberste Oerechtsleitung habe die Republik rechtlos anerkannt.

Strübel-Preußen verweist auf den sehr komplizierten Apparat Berlin, der nicht so einfach zu beherrschen sei, wie mancher Bundesstaat. Die Wahl einer unbelasteten Kommission für die Friedensverhandlungen ist, wenn es ein Mittel gibt, das einzige, um Willkür zu vermeiden. Gegenüber übertriebener Furcht vor dem Bolschewismus macht er auf russische Möglichkeiten des Bürgerkriegs aufmerksam, die das Chaos heraufzuführen müßten. Erzberger wagt vor der Annahme, daß Clemenceau anderen Unterhändlern gegenüber milder gestimmt sein werde als den bisherigen. Im Namen Ungehöriger formuliert er die Forderungen an die Verammlung folgendermaßen: 1. Einheitserklärung, 2. schleunigster Präliminarfrieden, 3. baldige Nationalversammlung.

Ebert verliest die Anträge, die emerseits schleunigsten Präliminarfrieden, Einberufung der Nationalversammlung und bis zu deren Zusammentritt einen zentralen Arbeiter- und Soldatenrat - andererseits - Antrag von Eider - ein fünf- bis siebenköpfiges provisorisches Reichspräsidium zur Verhandlung mit den Gegnern, Umgestaltung des Auswärtigen Amtes und Neubestellung mit

Männern, die sich in der Opposition gegen den Krieg bewährt haben, sowie Fühlungnahme mit den Bundesstaaten vor Erlaß von Gesetzen für das ganze Reich.

Haas-Nordelbeke bemängelt den Verlauf der Konferenz, die nur eine mehr oder weniger interessante Diskussion bietet. Die badische Regierung stehe fest hinter den Volksbeauftragten, so lange sie frei Politik machen können. Unser Separatismus stammt aus der Furcht, Berliner Stellen können über die Regierung eine Diktatur ausüben. Der Separatismus ist nur mit der Nationalversammlung zu bekämpfen, die auch allein den Frieden bringt.

Scheidemann bedauert, daß man die wirtschaftlichen Reserverate nicht an den Anfang gesetzt habe, weil dann die ungeheuren Schwierigkeiten des Aufbaus sich gezeigt hätten. Er unterbreitet Eiders Worte über die Sozialisierung. Wie könne aber gesagt werden, die Ententebedingungen gingen nicht gegen das deutsche Volk? Wer hungert und friert denn, wenn nicht das Volk! Das vorgeschlagene Präsidium hält es für unpraktisch, hinter der heutigen Regierung steht das Volk, aber den Beweis dafür könne nur die Nationalversammlung erbringen. Er macht dann keinen schon bekannten Vorschlag zur Vereinfachung der Nationalversammlungsvorschläge.

Haas erklärt den Vorfrieden als die erste Notwendigkeit. Die Regierung, die sogar die Unterstützung der Bürgerlichen habe, sei voll verhandlungsfähig. Er zeigt die Schwierigkeiten, die eine Ueberstürzung der Nationalversammlung mit sich brächte, besonders noch den im Volk angerichteten Verzweiflungen der baderländischen Auffassung und wendet sich dann zum Berliner Volkstag. Er betont die Notwendigkeit des Zusammenfassens aller Arbeiter- und Soldatenräte, denn es sei ein Mißstand, daß der Berliner Rat für alle sprechen müsse. Die Reichsregierung habe immer auf Befehlsmäßigkeit bei der Zusammenfassung der Delegierten hingedrängt, der 16. Dezember sei aber vom Volkstagrat festgesetzt worden. Die Neuerungen des Vorsitzenden Richard Müller vom Berliner Volkstagrat, die im Reich Mißstimmung hervorgerufen haben, seien mißachtet worden. Wenn Müller gesagt habe, nur über seine Reiche gebe der Weg zur Nationalversammlung, so sei das nur eine Warnung vor Ueberstürzung gewesen. Zwischen den Volksbeauftragten und Solf herrschten Meinungsverschiedenheiten, welche Solf's heutige Rede vertieft habe. Auch der Reichsminister Kaatsch habe nicht alle Erlasse des Auswärtigen Amtes genannt.

Staatssekretär Wurm warnt davor, die Fehler der alten Durchhalte-Regierung zu beschönigen, der wirtschaftliche Zusammenbruch sei ohne Gleichen. Der Ausfall der Kriegsergebnisse bei der Ernte von Getreide, die Grippe und der Kohlenmangel hätten auf die Bearbeitung von Juterrüben, auf die Wälderbetriebe usw. verheerend gewirkt. Doch der Ausfall von Ueberdubbezirken (Schlag-Lothringen, links Rheingebirge, Posen und Westpreußen) und schließlich das eigenmächtige Vorgehen mancher Arbeiter- und Soldatenräte hätten den Verteilungsplan gestört. Wie wollen wir da den Oesterreichern die ihnen nötigen 33 000 Tonnen Mehl zum 1. Dezember geben? Die Kartoffel-Wirtschaft in Ostpreußen mit einem Ausfall von 16 Millionen Zentnern und der Stand der Getreidebelieferung, an der noch 62 Proz. oder 334 Millionen Tonnen fehlen, machen die Belieferung einzelner Gebiete unmöglich. Bei Fett müssen wir uns mit 4,5 Proz. des Bedarfs einrichten, beim Fleisch wäre bei bisheriger Nationalierung jeden Monat eine fleischlose Woche nötig. In Posen bedränge die Gefahr, daß das politische Ernährungsamt unter der Diktatur polnischer Chauvinisten die Belieferung einstellen, wogegen mit Waffengewalt gar nichts zu machen sei. Ein bestimmter Ernährungsplan für die Zukunft sei unmöglich; auf die Probiantämter, die immer nur monatweise geliefert worden seien, dürfe nicht entscheidend gerechnet werden. Bei Wälderbetrieben der Landkreise und Unterbindung des Schleichhandels rechnet man auf die Tätigkeit der Bauernräte, auch die Hammerlager in Stadt und Land sollten kontrolliert werden, wobei es sich aber nur um verhältnismäßig geringe Mengen handeln könne. Leitung Wälder nur auf Russen der Blockade und ein Präliminarfrieden bringen, wozu wir konsolidierte Verhältnisse haben müssen. Wir brauchen ungefähr vom Ausland für nächste Ernährung der Bevölkerung monatlich 67 000 Tonnen Fett, 180 000 Tonnen Fleisch und 420 000 Tonnen Getreide, Mehl und Reis, dazu für die Kinder landwirtschaftliche Milch und Nahrungsmittel. Dazu müßte uns das Ausland mehr als 6 Milliarden kreditieren. Wenn wir vor aller Welt zeigen, wie elend das deutsche Volk durch den Krieg dran sei, dann müßten wir auf die Hilfe Amerikas rechnen können.

Der Staatssekretär des Demobilisierungsamtes, Kretschmer bezeichnet als seine Aufgabe die Zurückführung der aus dem Feld zurückkommenden und die Unterbringung aller aus den Kriegerlagern Rüstungsbetrieben freierwerdenden Leute. Im Unternehmertum herrsche völlige Depression und Angst vor dem Bolschewismus. Die Herberung der Kohle sei in hohem Maße gefährdet. Aus dem Ruhrgebiet kommen gewöhnlich pro Tag 25 000 Waggon, seit einigen Wochen sei der Abtransport auf 16 000 Waggon, teilweise sogar auf 10 000 zurückgegangen. Aus Oesterreich kommen statt 10 000, 4 000 Waggon, die Versorgung der Kraftwerke und Gasanstalten sei schon in den nächsten Tagen gefährdet. Die Arbeitsleistung sei bedauerlich zurückgegangen, unsere Arbeiter müßten dem Verhandeln zum Handeln kommen. Wir unteren Mächtigen können wir zunächst ein Programm für 6 Monate aufstellen und während dieser Zeit sämtliche Betriebe mit 25 Prozent der Friedensleistung beschäftigen.

(Schluß auf der 3. Seite.)

Die Schuld am Kriege.

Eine Zuschrift von Prof. Hans Delbrück.

Prof. Dr. Hans Delbrück schreibt uns:

Der Verchenfeldsche Bericht wird vielfach und auch vom „Vorwärts“ so ausgelegt, als ob er eine bisher unbekannte Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Weltkrieges enthüllt habe. Ich bitte Sie um der Gerechtigkeit willen, auch eine andere Auffassung zu Worte kommen zu lassen. Zunächst ist klar, daß der Verchenfeldsche Bericht sachlich so gut wie nichts Neues enthält. Er bringt die Dinge nur in einer etwas anderen Beleuchtung, die allerdings sehr ungünstig erscheint, aber bei ruhiger Ueberlegung durch eine bessere ersetzt werden kann.

Der Bericht sagt uns, daß die Reise des Kaisers nach Norwegen, die Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes in Berlin und in Wien auf Täuschung berechnet war. Das klingt sehr böse. Der Zweck dieser Täuschung aber war nicht etwa, den Krieg zu entzünden, sondern im Gegenteil, durch die Plötzlichkeit des Vorstoßes gegen Serbien, dessen Unterstützung durch Rußland zu erschweren und dadurch den Konflikt womöglich zu lokalisieren. Aus demselben Grunde wollte man auch erst die Abreise Poincarés aus Petersburg abwarten. Ist das tadelswert?

Der Bericht sagt weiter, daß man es nicht gern gesehen hätte, wenn Serbien aus freien Stücken eine Genugtuung angeboten hätte. Das klingt wieder sehr konfliktlistig, bedeutet aber im Zusammenhang des Ganzen etwas anderes. Wenn Serbien freiwillig eine Genugtuung angeboten hätte, so wäre sie natürlich ziemlich gemähtigt ausgefallen. Dann aber wäre nach der Auffassung der Oesterreicher, wie der deutschen Staatsmänner Oesterreich verloren gewesen. Serbien betrieb mit Unterstützung Rußlands eine groß angelegte, systematische Agitation zur Schaffung eines großen südslawischen Staates, der die Herrschaft Oesterreich-Ungarns bedingte. Ueber kurz oder lang mußte das notwendig zum Kriege führen. Das einzige Mittel, diesen Krieg zu verhindern, war, daß Oesterreich, ehe Rußland völlig kriegsbereit war, die Serben so sehr demütigte, daß sie ihre Großmachtträume fahren ließen. Wenn Oesterreich sich für die Ermordung seines Thronfolgers mit einer mäßigen Genugtuung begnügte, so schäufte den Serben der Kampf erst recht und die Kriegsgeschichte blieb nicht nur bestehen, sondern wuchs sogar noch. Wiederrum also nicht um des Krieges, sondern um des Friedens willen hat die deutsche Regierung Oesterreich gedrängt, eine möglichst starke Genugtuung zu fordern!

Graf Verchenfeld schreibt, nach Wiedergabe des Ultimatums: „Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.“ Das ist ein Urteil des Grafen Verchenfeld, dem man sich nicht anzuschließen braucht. Serbien hätte, wenn es einen dauernden Frieden mit seinem mächtigen Nachbarn beabsichtigte, sehr wohl die Bedingungen des Ultimatums annehmen können, und das ist auch offenbar die Auffassung der deutschen Regierung gewesen, denn der Verchenfeldsche Bericht legt dies weiterhin ausführlich dar, daß man in Berlin geglaubt habe, Rußland werde nur bluffen, es aber nicht zum Kriege treiben. Der Krieg wäre also auf Serbien lokalisiert geblieben, und man weiß, daß Herr von Bethmann Hollweg sich nachher alle Mühe gegeben hat, den Konflikt dadurch zu beenden, daß Oesterreich sich mit der vorübergehenden Befreiung Belgrads begnügte. Der Weltkrieg ist erst dadurch entstanden, daß Rußland durch seine Mobilmachung diesen Plan zerriss.

Der ungeheure Irrtum der deutschen Regierung war, daß sie glaubte, Rußland werde sich die Demütigung Serbiens gefallen lassen, und der ungeheure Irrtum des deutschen Generalstabes war, daß er glaubte, die deutsche Armee werde in vier Wochen mit Frankreich fertig sein. Man mag über diese Irrtümer urteilen so streng und so hart, wie man will, auf keinen Fall aber haben sie etwas zu tun mit der Verheimlichung, die deutsche Regierung habe den Krieg betrieben und angezettelt. Der Weltkrieg ist ausgegangen von dem panslawistisch-autokratischen Rußland, und wenn Deutschland Oesterreich zu energischem Vorgehen vorwärts getrieben hat, so hat es das getan in der Hoffnung, den Weltkrieg dadurch nicht zu vermeiden, sondern zu vermeiden. Das konnte man schon aus den bisherigen Veröffentlichungen erkennen, und das wird durch die Veröffentlichungen des Grafen Verchenfeld lediglich bestätigt.

Die Reichskonferenz.

(Schluß von der 1. Seite.)

Nach fährt fort: Die Unterbringung der Arbeitskräfte müsse in erster Linie in der Landwirtschaft und im Holzschlag erfolgen. Hauptaufgabe, die keine Maßnahme verlangen, werden in Angriff genommen. Ganz große Projekte, wie Kanalbauten kämen erst später. Im Nord-Ostgrund würde der Kohlenbergbau, die Instandsetzung der Bächen und Lokomotiven, Waggonbau und Schiffbau selbstverständlich entsprechend der Knappheit der Arbeitskräfte. Eine politische Umstellung könne rasch gemacht werden. Eine wirtschaftliche sei Sache der Entwicklung. Aber alle Schwierigkeiten würden überwunden werden, wenn die Parole für jeden Menschen ausgegeben würde: arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten. Und zwar arbeiten in dem Geist wärsch brüderlicher Nächstenliebe.

Für das Reichswirtschaftsamt spricht Staatssekretär Müller: Es sei noch nicht für die Sozialisierung entschieden, weil diese in einer Welt der Fülle verwirklicht werden müsse. Er sei für baldigen Anfang, aber erst Regelung und dann Sozialisierung. Die Zentralgewalt zu schaffen, sei die höchste Notwendigkeit. Er wolle auf manche isolierte Übergriffe hin, die in Massen zu einer Katastrophe führen. Bisher haben wir bis 8 Milliarden durch Ausgabe der Banken und Großindustriellen besaßt. Die sind jetzt gekündigt worden, und wenn wir in Geld zahlen müssen, sind wir bankrott. Er warne vor jedem Eingriff in diesen Apparat der Kreditbeschaffung. Schon jetzt wandern Depots einlagen ungenutzt von West- nach Ostdeutschland. Daher sei alles nötig, was Verdrängung schaffen könne. Staatssekretär Schiller vom Reichsfinanzamt weist auf die Notwendigkeit darauf hin, daß unsere Finanzgebarung heute ohne Recht und Gesetz sei. Es seien unendliche Zahlungen zu machen und zur Erhaltung von wirtschaftlichen und Stimmungen von Millionen nötig. Er entwickle sein Finanzprogramm, das vornehmlich gegen alle unbillige Bereicherung sich hauptsächlich gegen alle unbillige Bereicherung richtete, und betont, daß er aus rein praktischen Gründen für die Nationalversammlung sei.

Um 10 Uhr schließt die Reichskonferenz.

Wie wir hören, haben sich in der gestrigen Konferenz der deutschen Bundesstaaten folgende Vertreter für die Einberufung der Nationalversammlung ausgesprochen: Ulrich-Dessen, Gehmann-Württemberg, Crispian-Württemberg, Geißler-Baden, Eisner-Bayern (bedingt), Haas-Baden und Gradnauer-Sachsen; dagegen nur Merges-Draunschwitz und Weitzer-Gotha.

Der Vorschlag, ein Reichspräsidium zu schaffen, wurde nur zur Kenntnis genommen, eine Abstimmung darüber erfolgte nicht.

Die Enthüllungen der bayerischen Regierung

Protest des Auswärtigen Amtes.

Gegen die bekannten Münchener Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege wird das Auswärtige Amt Protest erhoben. Es macht darauf aufmerksam, daß diese Veröffentlichungen im gegebenen Moment nur zur Freude unserer Feinde erfolgt sind. Der Vertreter Bayerns in Bern sei dort mit einem Vertrauensmann Clemenceaus zusammengekommen, der ihm suggeriert habe, ein Bekenntnis Deutschlands zur Kriegsschuld könne unsere Stellung bei den Friedensverhandlungen verbessern. Es gehöre ein außerordentlich hoher Grad von Untauglichkeit dazu, dem Vertrauten Clemenceaus auf den Leim zu gehen.

Kußerdem haben diese Veröffentlichungen dazu geführt, daß man jetzt im Auswärtigen Amt die über die vor dem Kriegsausbruch geführten Verhandlungen vorliegenden Akten nachprüfen läßt.

Minister, die von nichts wußten.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Im Ministerrat des kaiserlichen Reiches lag heute folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister von Thelemann, von Dreuning und von Antilling vor: Wir erklären hiermit, daß wir von dem besten durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhalten oder hatten. Dieser Erklärung der drei Herren hat sich auch der frühere Reichsminister von Seidlein angeschlossen. Der Ministerrat hat beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Die Westukrainische Volksrepublik.

Wien, 26. November. (Holländisch Neudureau.) In der im Lemberg abgehaltenen Versammlung der ukrainischen Nationalisten wurde ein Grundgesetz beschlossen. Danach heißt der Staat Westukrainische Volksrepublik und setzt sich geographisch mit dem ukrainischen Territorium innerhalb des Staates Oesterreich-Ungarn zusammen, also Galizien, die Bukowina und mehrere ukrainische Komitate. Die Herrschaft namens der Volksrepublik über die gesamte Bevölkerung durch ihre auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Proportionalwahlrechts gewählten Vertreter aus. Die Staatsfarbe ist Blaugold. Für die nationale Identität der Deutschen, Juden und Polen werden nationale Sekretariate geschaffen, deren Leiter der Regierung angehören.

Der Staatsstreik Koltshaks.

Osag, 26. November. (Holländisch Neudureau.) Die Times meldet vom 18. aus Omsk, daß hier ein erfolgreicher Staatsstreik unternommen wurde. Admiral Koltshak habe die Macht an sich gerissen und sich zum Diktator des sibirischen Reichs proklamiert. Dem Chef der englischen Militärmission gegenüber erklärte er, daß er die Regierung zur Rettung Sibiriens übernommen habe. Er beabsichtige, eine kräftige Regierung und ein diszipliniertes Heer zu schaffen. Er strebe aber nicht die Wiederherstellung der Monarchie an.

Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember.

Berlin, 25. November. Der Vollzugsrat gibt bekannt, daß die Delegiertenversammlung sämtlicher deutschen Arbeiter- und Soldatenräte nur für den 16. Dezember nach Berlin zusammengerufen ist. Sämtliche anderen Besannmachungen, die von kritischen Arbeiter- und Soldatenräten oder von sonstigen Stellen ausgingen, sind irreführend.

Der Vollzugsrat gibt ferner bekannt, daß die von ihm herausgegebenen Besannmachungen nicht als Besannmachungen der Arbeiter- und Soldatenräte zu verstehen sind, sondern als Besannmachungen des Sekretariats des Vollzugsrats zu verstehen.

Die Wahlordnung zur Nationalversammlung

40 Verhältniswahlbezirke?

Wie wir bereits im „Abend-Vormärts“ mitteilten, ist am Dienstag früh der Entwurf über die Wahlordnung zur Nationalversammlung beraten worden. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, da die Verhandlungen mittags abgebrochen wurden und erst Mittwoch früh fortgesetzt werden. Doch scheint der Entwurf eine freundliche Aufnahme gefunden zu haben. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest, doch rechnet man mit 40 Verhältniswahlbezirken, auf die dann eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten entfiel. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

Spartakus im Leibe.

Die schwierige Lage der Unabhängigen.

Die „Freiheit“ schreibt:

Ueber die Unmöglichkeit der Einberufung der Nationalversammlung herrscht auf der Konferenz Einmütigkeit; alle, auch die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie, haben sich auf diesen Boden gestellt.

In derselben Nummer berichtet die „Freiheit“ über die vorgelegten Verfassungen der Unabhängigen. Daraus ergibt sich, daß in der Diskussion die meisten Redner gegen die Nationalversammlung sprachen. So heißt es im Bericht über die Verfassung Ledebours:

Seine Darlegungen fanden lebhaften Widerhall. Die Diskussion war sehr anregend. Wegen der Nationalversammlung sprachen sich alle Redner aus. Große Erbitterung kam auch hier gegen den Stadtkommandanten Weiss zum Ausdruck. Auch Feldmann sprach gegen die Nationalversammlung.

Wir möchten jedem Diskussionsredner, der gegen die Nationalversammlung redet und über Weiss „erbittert“ ist, zurufen: „Spiegelberg, ich kenne Dirl! Oder bist vielleicht nicht auch Du nächst um die zwölfte Stunde auf dem Alexanderplatz gewesen?“

Die Unabhängigen geraten durch das spartakistische Treiben in eine immer schwierigeren Lage. Sie leben die Nationalversammlung kommen und müssen damit rechnen, daß ihnen die Wähler eines Tages sagen: „Ihr habt ja gar nicht gewollt, daß wir herufen werden, wie könnt ihr also verlangen, daß wir Euch wählen?“ Wir glauben, vor den Folgen einer solchen unglückseligen Zerküpfung warnen, auf alle Fälle oder betonen zu müssen, daß der Ruf nach der Nationalversammlung von unserer Partei ausgeht und daß das allgemeine gleiche Wahlrecht eine Errungenschaft der Revolution und insbesondere der sozialdemokratischen Tätigkeit in ihr ist. Wir sind überzeugt, daß eine andere weniger klare und feste Stellungnahme der Revolution und dem Sozialismus schadet.

Provozierende Offiziere!

Ein Deutscher beim Herabreißen roter Fahnen erschossen.

Aus Kassel wird gemeldet: Bereits vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbogen vor dem Bahnhof wehenden roten Fahnen herabzureißen versucht. Heute früh 1/2 Uhr erschienen Leutnant Krüger, der Rittmeister Prella und ein dritter Offizier, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, und rissen beide rote Fahnen herab, um sie zu zerreißen. Auf die von dem Volke alarmierte Wachmannschaft schickte Leutnant Krüger mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Rittmeister wurde gefesselt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls.

Der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat wohnt in einem Kuffen vor den Beleidigungen der roten Fahnen, die unabsichtlich geschadet worden müßten, und beweist auf das Beispiel der Sozialdemokratie, die trotz ihrer Ansichten die schwarze weiße und schwarzweiße Fahne unbeanstandet lasse.

Auch hier muß festgestellt werden, daß bis jetzt fast alles Blausbergische aus Anlaß der Umwälzung auf Roms gegenrevolutionärer Elemente kommt. Für das Verhalten der Offiziere, die rote Fahnen herunterreißen und auf die Wachmannschaft, die sie pflichtgemäß daran verhindern will, schießen, ist kein Wort des Tadelns nach genug. Besondere Elemente auch des Bürgerturns, das nicht auf Seiten der Revolution steht, werden selber zugestehen müssen, daß mit derartigen Provokationen ihrer Sache der deutsche schärfste Dienst erwiesen wird. Die revolutionären Massen haben bisher unerschütterliche Ruhe und Ordnung bewahrt. Persönliche Maßnahme sind nirgends vorgekommen, obwohl in vielen Fällen Hindernisse genug angehäuft war. Wir erinnern z. B. daran, daß bei der Besetzung des Berliner Volksparlaments keinem der leitenden Beamten, die früher die Sozialdemokratie auf das schärfste verfolgt haben, auch nur ein Härchen gekümmert worden ist. Wir wollen nicht, daß das anders wird, auch uns ist die Revolution ein geschätzter, kein persönlicher Akt der Vergeltung. Aber derartige unbedachte Handlungen einzelner müssen die Masse in Erregung versetzen. Alle Folgen, die sich aus den Wiederholungen solcher Streiche ergeben sollten, haben allein die Urheber zu verantworten.

Gefangenensfragen vor der Waffenstillstandskommission.

Ueber die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission vom 24. u. 25. wird noch gemeldet:

Zur beschleunigten Regelung der Gefangenensfrage luden die deutschen Vertreter die Vertreter der Alliierten zu Besprechungen nach Berlin ein. Die Einladung wurde angenommen. Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas sollen in einigen Tagen in Berlin eintreffen. Der französische Vertreter wird vorher in Spa mit den Gefangenenskommissionen Besprechungen nehmen.

Von deutscher Seite wurde ferner die Erlaubnis zum Abtransport einer Division deutscher Truppen aus der Arim auf dem Seewege Senastopol-Nikolajew erbeten, da die eisenbahntechnischen Schwierigkeiten einem Abtransport zu Lande im Wege stehen.

Den Vertretern der Alliierten ist weiter mitgeteilt worden: Man verliert sich, ihren Wünschen entsprechend, im Deutschland Bahnpersonal für den Betrieb der von Alliierten ausgelieferten Züge zusammenzusetzen. — Die dreitausend Lokomotiven, die sich noch im Osten und auf dem Balkan befinden und von uns in Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen angetreten worden sind, sind nicht zurückgelassen, sondern durchweg deutscher Herkunft.

Der englische Vertreter übergab im Auftrag der englischen Regierung eine sehr scharf gehaltene Erklärung über die schließliche Behandlung des kritischen Gefangenens.

Es werden die verantwortlichen Personen gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen, wo Straf verlangt und die Bedingungen des Waffenstillstands eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden.

Der deutsche Vertreter protestierte lebhaft gegen vorgelegte Besetzung von Orten in der Ost- und vorzeitige Gefangenennahme deutscher Soldaten auf linksrheinischem Gebiete.

Osag, 26. November. In der heutigen Sitzung erklärte der französische Vorsitzende, daß für die Berechnung der Abstammung noch Tag und Stunde der Unterzeichnung des Vertrages der 11. November, 8 Uhr vormittags deutscher Zeit gilt. Es wurde ferner ein Antrag von dem französischen Vorsitzenden gestellt, während der Besetzung des linksrheinischen Gebietes und der Brückenköpfe zur Regelung gewisser militärischer Fragen als Verbindungsoffiziere den örtlichen deutschen Verwaltungsbehörden, jedem der drei großen Brückenköpfe und für die Vagerische Pfalz je einen Generalstabschef zuzugleichen. Die Antwort auf den Antrag ist noch nicht gegeben worden.

Osag, 26. November. (A. L.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ wird in parlamentarischen Kreisen bestimmt mit einer Verlängerung des am 17. Dezember ablaufenden Waffenstillstandsvertrages gerechnet.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Osag, 26. November. Ein Telegramm aus dem Kultusministerium an die „Reinische Zeitung“ demontiert auf das entschiedenste das Gerücht, wonach die Trennung von Kirche und Staat durch ein hohes Dekret unverschieblich durchgeführt werden solle. Es sei die Gewißheit, daß nichts geschehen werde ohne lokale Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen der kirchlich denkenden Kreise des preussischen Volkes. Eine offizielle Mitteilung des Ministeriums werde nächster Tage erfolgen.

Rundgebungen der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Arbeiter- und Soldatenräte des 20. Armeekorps in Allenheim fordern baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung.

Der Zentralrat der Soldaten (Soldatenrat Armeekorps Madonnen) erklärt sich für die neue Volksregierung und gegen bolschewistische Experimente.

Die „Frankfurter Tagespost“, deren Leiter, Adolf Braun, als geistiges Haupt des Würzburger Arbeiter- und Soldatenrats gilt, protestiert gegen den Gedanken einer Diktatur des Proletariats, die die Herrschaft Deutschlands prärogieren und der Revolution den Boden unter den Füßen wegzieht. U. a. meint das Blatt, wir haben an dem einen Wilhelm II. genug und wollen nicht sechs Dupen Wilhelms frei über Deutschland bestimmen lassen.

Eine sächsische Frontkämpferin, die durch Baden der Heimat zugehört, beschwert der Reichsregierung ihre Unterdrückung und wendet sich gegen die Berliner Kreise, die die Nationalversammlung hintertreiben wollen.

Der Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat und 76 Weiräte wenden sich gegen jede Diktatur und fordern die Einberufung der Nationalversammlung.

Sitzung des Vollzugsrates.

In der gestrigen Sitzung des Vollzugsrats wurden die zentral-revolutionären Pläne gewisser militärischer Stellen zur Sprache gebracht. Der Vollzugsrat ist sich darüber einig, daß gegen diese reaktionären Umtriebe unverschieblich Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen. Anschließend wurde die Zusammenkunft bestimmter Soldatenräte, in denen feudale Offiziere die Führung haben, erörtert; dieser Tendenz sei die größte Aufmerksamkeit zu widmen und ihr entgegenzutreten.

Ein Beschluß wendet sich gegen die vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte Reichswehr, die in einer irreführenden Rundgebung an die U- und S.-Räte zur Besetzung einer Reichskonferenz für den 8. Dezember im Reichstagsgebäude aufgefordert haben.

Eine weitere Entscheidung wendet sich gegen die Schmarotzer der Revolution, die bei dem Rückmarsch der Armeen in Ost und West plündern. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollen durch Druck auf die Besatzungsmächte, die schärfsten Maßnahmen gegen die unethischen Heeresangehörigen und die Helfer zu ergreifen.

In der Sitzung am Mittwoch soll zu der Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes betr. Clemenceaus Stellung genommen werden.

Weiß ist aus dem Vollzugsrat ausgeschieden. Die ihm vom Vollzugsrat erteilte Vollmacht, insbesondere die auf Besetzung der Erfolge des Kriegsministers, ist erloschen.

Sozialdemokratische Versammlungen.

In Berlin fanden gestern vier Partij besuchte sozialdemokratische Versammlungen statt.

In den Sophienböden sprach Genosse Wuschid vor einer zahlreichen Zuhörerschaft. Bekannte Zustimmung und gelegentlicher Widerspruch verrieten das lebhafteste Interesse der Anwesenden an seinen Ausführungen, denen sich eine kurze sachliche Diskussion anschloß.

Im Schauspielhaus in der Schönhauser Allee hatte Gen. Wermuth das Referat. In der Debatte kam namentlich der Wunsch auf baldige Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung zum Ausdruck.

Eine vernünftige Maßnahme zugunsten der Kriegsbefähigten hat die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Hannover beschlossen. Im Bereich des 10. Armeekorps sind bei den ärztlichen Untersuchungen zwecks Rentenfestsetzung vom Arbeiter- und Soldatenrat bestimmte Vertrauensleute hinzuzuziehen, welche bei Besetzung der Renten mitwirken sollen.

Diktator Hindenburg? Die „Deutsche Zeitung“, bekannt durch ihre allseitigen Exzentrikerien, verlangt ernsthaft eine Diktatur Hindenburgs bis zur Nationalversammlung. Was hat Hindenburg der „Deutschen Zeitung“ getan, daß sie ihn auf diese schreckliche Weise zu kompromittieren sucht?

Die Beschränkungen des Nachschubkrieges. Die „Daily News“ geben die Zahl der versenkten englischen Schiffe während des deutschen Unterseebootskriegs auf durchschnittlich pro Monat 120 000 Tonnen an. Die englischen Seestreitkräfte versenkten aber durchschnittlich 56 deutsche Unterseeboote im gleichen Zeitabschnitt.

Der amerikanische Lebensmittellieferant Osborn ist in Woulagen gelandet und im Automobil nach Davis weitergereist.

Eine allrussische Landwirtschaftskonferenz findet am 18. Dezember statt; Hauptgegenstand dieser Tagung ist die Frage der Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeit durch Uebertragung der Einzelwirtschaft zur Gemeinwirtschaft.

Erhaltung oder Abschaffung der Heimarbeit.

Von H. Slöhmer.

In der Nummer 323 des „Vorwärts“ fordert Herr Dr. W. Brandt, daß veraltete Produktionsmethoden im Handwerk und Hausindustrie beseitigt werden. Man hätte kaum erwartet, daß diese milde Form der Beurteilung in der jetzigen Zeit noch Gegner gefunden hätte. Erghend wird bereits in einer Fußnote an den „Vorwärts“ eine Lanze für die Erhaltung der Heimarbeit abgebrochen, und zwar angeblich aus volkswirtschaftlichen Gründen.

Wenn solche Ausführungen unwiderlegbar bleiben, könnte der Kaufmann erwidern, als wären die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Heimarbeit seit einem Menschenalter bekämpfen, nun auch mit kleinen Reformen auf diesem Gebiet zufrieden. Wir möchten aus diesem Grunde folgendes darauf erwidern:

Der Jahrzehnte im praktischen Leben steht, weiß sehr gut, daß alle Produktionsmethoden nicht mit einem Schlage zu beseitigen sind, wenn dies auch nach so dringend notwendig ist. Es wäre aber doch ein vollständiges Mißverhältnis der Revolution auf volkswirtschaftlichem Gebiet, wenn die Heimarbeit in dem neuen verbesserten Standeswesen vernichtet werden sollte.

Die technische Rückständigkeit der Hausindustrie ist durch Reformen, die doch immer nur Hülfsmaßnahme sind, nicht zu beseitigen. Ebenso ist das Zwischenmeisterthum fast unlosbar mit der Heimarbeit verbunden. Es ist wohl nicht notwendig, alle damit verbundenen Hebelhände, die seit dem großen Konfessionsarbeiterstreik im Jahre 1896 immer wieder öffentlich gezeigelt und durch wiederholte Heimarbeiterkongresse und Heimarbeitsausstellungen der gesamten Bevölkerung vor Augen geführt worden sind, hier im einzelnen aufzuführen. Es handelt sich nicht nur um die geringen Löhne, die meistens den Heimarbeitern und insbesondere den Heimarbeiterinnen bezahlt werden, sondern auch um die miserablen Wohnungsverhältnisse, unter denen sie namentlich in der Großstadt zu leben gezwungen sind. Wir verweisen hierbei auf die diesbezüglichen Veröffentlichungen der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse. Wir bestreiten ganz entschieden, daß durch die Heimarbeit das Familienleben gebessert und die Sänglingsüberfüllung gehindert wird. Wenn das richtig wäre, dann müßte die Heimarbeit ja demotiviert werden, daß alle verheirateten Frauen die Gewerkschaft in ihrem eigenen Heim betreiben könnten, um nur nicht in die Fabrik gehen zu brauchen.

Wenn der neue Staat mit seinen volkswirtschaftlichen Maßnahmen Erfolg haben wird, dann wird er es auch ermöglichen, daß die Arbeitstätigkeit für erwerbsfähige verheiratete Frauen auf ein solches Maß beschränkt wird, daß diese nebenbei ihre Wirtschaft führen und ihre Kinder erziehen können, ohne übermäßig belastet zu werden. Ferner werden Einrichtungen getroffen werden müssen, daß die Mütter ihre Kinder während der Arbeitszeit in gut geprüfte Kinderheime unterbringen können, die den Schulen gleichgestellt sind.

Geht man aber nicht nur Frauen, sondern noch Lehrlinge und von Männern in der Heimarbeit beschäftigt. Wie sollen diese der achtstündigen Arbeitszeit teilhaftig werden? Welche Garantie ist dafür gegeben, daß diese nicht nach wie vor 10 bis 12 Stunden arbeiten? Warum soll in allen diesen Fällen den Unternehmern, die sich Fabrikanten nennen, die Erleichterung von Werkstätten oder Fabriken abgenommen werden, damit sie die ihnen dadurch entstehenden Unkosten sparen? Zahllose Arbeiterbetriebe würden verschwinden, wenn sie verpflichtet würden, nur in eigenen Werkstätten und Fabriken arbeiten zu lassen. Das ist aber doch auch wohl ein Weg, der mit zur Sozialisierung der Gesellschaft führt.

Bekannt ist, daß die Heimarbeitsverwaltung anfangen hat, die Heimarbeitsprobleme zu lösen. Diese Lösung, deren gute Wirkung wir nicht verkennen, hat darin bestanden, daß dem letzten Arbeiter bei den Heimarbeitsarbeiten ein bestimmter Lohn garantiert war, den der Unternehmer von Heimarbeitsarbeiten oder der Zwischenmeister zu zahlen verpflichtet war. Diese Maßnahme war gewiß ein Schritt gegen Lohnbruch, wie er bisher von der Gesetzgebung nicht erreicht werden konnte. Sie hat aber trotz der für die Heimarbeiter dieser Vorschrift angebrochenen Strafen nicht verhindern können, daß den Arbeitern und namentlich den Arbeiterinnen, Millionen Mark an Arbeitslohn verloren gegangen sind, von denen allerdings einige Hunderttausende durch die Einrichtung der Schlichtungskommissionen wieder einbezogen wurden. Wissenschaftlich und unpolitisch wurde von Unternehmern, Zwischenmeistern und Arbeiterinnen gegen diese Bestimmungen zugunsten der letzteren verfahren. Der Hinweis auf einen eventuellen Verzicht der Heimarbeiter auf weitere Heimarbeitsarbeiten seitens des Unternehmers oder Zwischenmeisters gegenüber den Arbeiterinnen genügt meistens schon, um letztere davon abzuhalten, den ihnen zulehrenden Lohn zu fordern, und meistens werden die Löhne erst einbezahlt, wenn das Arbeitsverhältnis bereits gelöst war. Wenn die Durchführungen dieser für die Arbeiter äußerst günstigen Bestimmungen bei den Heimarbeitsleistungen schon äußerst schwierig war, um wieviel schwieriger ist es nicht, solche Bestimmungen bei Privatleistungen durchzuführen, wo es sich nicht um gleichmäßige, sondern um stets wechselnde Arbeit verschiedener Auftraggeber handelt.

Gewiß kann und muß die Gesetzgebung auf diesem Gebiet zu neuen scharfen Bestimmungen erlassen, die aber nur mit Hilfe der Gewerkschaften durchgeführt werden können; aber das weitere Ziel muß die vollständige Beseitigung der Heimarbeit bleiben.

Gewerkschaftsbewegung heimkehrende! Hinein in die Gewerkschaften!

Die Umwandlung Deutschlands in einen freien Volksstaat mag vielleicht unter den heimkehrenden Volksgenossen der Auffassung Raum geben, als ob die gewerkschaftliche Organisation nunmehr überflüssig sei. Die so denken, meinen, daß in Zukunft die zwischen Unternehmern und Arbeitern tretenden Konflikte in anderer als der bisherigen Art ausgemittelt und entschieden werden. Selbst wenn diese Annahme voll und ganz zuträfe, so wäre die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch für die Zukunft nicht widerlegt. Solange nicht die reifliche Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische erfolgt ist, werden die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiterklasse bleiben. Aus dem im „Vorwärts“ wiederholt dargelegten Gründen kann vorläufig an eine Sozialisierung unseres völlig daniederliegenden Wirtschaftslebens nicht gedacht werden.

Es erwacht unseren Gewerkschaftsorganisationen daher jetzt und in Zukunft ein ungeheures Gebiet sozialer Tätigkeit. Diese gewaltige Arbeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der sozialen Fürsorge kann aber nur reiflich und schnell erfüllt werden, wenn die Heimkehrenden wieder in die Reihen ihrer Organisationen treten, aus denen sie bei Ausbruch des Krieges gestrichen wurden.

Die Dabeingeblienen haben während der ganzen Kriegsdauer ihren Eifer und ihre höchste Ausgabe darin erblickt, die Gewerkschaftsbewegung aktionsfähig zu erhalten. Und das ist ihnen, wie wir wiederholt an dem erfreulichen Erstarken der Gewerkschaftsbewegung in den letzten 1 1/2 Jahren zeigen konnten, gelungen.

Unsere in der Heimat verbliebenen Gewerkschaftsmitglieder erwarten nun aber auch, daß sie die heimkehrenden Kameraden wieder begrüßen können als

Mitstreiter für ihre Ziele.

Heimkehrende Gewerkschaftsmitglieder! Euer erster Weg führt Euch zu Euren Lieben. Der nächste Weg aber gelte Eurer Organisation. Stellt Euch ihr zur Verfügung und zeigt Euch würdig der Erwünschungen unserer Zeit.

Für Verschmelzung der Technikerverbände.

Ausgebung des Vorstandes des Bundes der technisch-industriellen Beamten.

Der Ernst der Stunde macht es der deutschen Technikerschaft zur Pflicht, ihre organisatorischen Kräfte zu einer geschlossenen gewerkschaftlichen Bewegung zu vereinigen. Die Mitgliedschaften des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Technikerbundes drängen deshalb mit erhöhtem Hochdruck auf die baldige Verschmelzung dieser beiden Organisationen. Es wird mit Recht betont, daß durch die revolutionären Vorgänge im November 1918 der wesentliche Streitpunkt beider Verbände als behoben angesehen werden kann, da der bisher vom Deutschen Technikerbund für die öffentlichen Betriebe ausgesprochene Verzicht auf das Streikrecht in der Republik Deutschland hinfallig geworden ist.

Wir können uns dieser Auffassung voll und ganz anschließen, und sehen daher jetzt den Weg gebahnt, um die beiden Verbände auf streng gewerkschaftlicher Grundlage — d. h. der Inanspruchnahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel — zu vereinigen. Der Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten hat heute dem Vorstand des Deutschen Technikerbundes den Vorschlag unterbreitet, unverzüglich in Verhandlungen über eine baldige Verschmelzung beider Organisationen einzutreten. Berlin den 25. November 1918. Der Vorstand.

Zwischen dem Bund der technisch-industriellen Beamten und dem Deutschen Werkmeisterverband ist ebenfalls insofern eine nähere Abstimmung erfolgt, als der Werkmeisterverband mit der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zurecht Aufnahme in das Statut bereits in Verhandlungen eingetreten ist.

Die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien

Darf nach einer Verordnung für die Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und sonstige Arbeiter 8 Stunden nicht überschreiten. Den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern (Lehrlingen) müssen an jedem Arbeitstag, an dem sie länger als vier Stunden beschäftigt werden, Pausen von einer Gesamtdauer von mindestens einer halben Stunde gewährt werden. Werden sie länger als sechs Stunden beschäftigt, so muß die Gesamtdauer der Pausen mindestens eine Stunde und eine der Pausen mindestens eine halbe Stunde betragen. Unterbrechungen der Arbeit von weniger als einer Viertelstunde kommen auf die Pausen nicht in Anrechnung. In den Betrieben müssen an den Werktagen alle Arbeiter mindestens von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens vollständig ruhen.

Die Wahlen der Bankbeamten zum Betriebsrat.

Wie in allen Betrieben, so gehen auch jetzt in den Banken die Wahlen zum Betriebsrat vor sich. In der Dresdener Bank ist der Vize des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten eine gewerkschaftliche, hauptsächlich von Profuristen und Depositenkassenverwaltern protegierte, gegenübergestellt worden. Um gegen diesen Versuch, die organisierte Angestelltenchaft zu spalten und zu bevormunden, Front zu machen, läßt der Verband alle Angestellten der Dresdener Bank zu einer im Sitzungssaal der Bank, 3 Treppen, am 27. d. M., abends 7 Uhr, stattfindenden Versammlung ein. Es ist Pflicht aller Angestellten, in dieser Versammlung zu erscheinen.

An die Mitglieder des Verbandes der Schneider!

Die allgemeine Mitgliederversammlung findet nicht am Freitag, den 29. November, im Gewerkschaftshaus, sondern am Montag, den 2. Dezember, im „Deutschen Hof“, Ludowikstraße, statt.

Parteinachrichten.

Um die „Rote Fahne“.

In einer Mitgliederversammlung der linksradikalen Partei Hamburgs gelangten Vorschläge zur Annahme, in denen unter Befassung bolschewistischer Forderungen die Einberufung der Nationalversammlung abgelehnt wird. Auf ein Kopfbild in der Pressefrage zwischen Unabhängigen und Sozialisten deutet die Annahme folgender Resolution hin:

„Die Versammlung fordert, daß die „Rote Fahne“ in ihrer redaktionellen Haltung noch wie vor den Grundgedanken der sozialistischen Revolution zu vertreten hat. Alle Versuche, der „Roten Fahne“ eine andere Richtung zu geben und sie in den Dienst der Kominternrevolution zu stellen, sind entschieden abzuweisen. Die „Rote Fahne“ soll die Revolution weiter treiben und soll dahin wirken, sie vollständig in bolschewistisches Fahrwasser zu lenken.“

Dem ausschließlichen Anspruch der Unabhängigen auf die „Rote Fahne“ widerspricht die Versammlung mit allem Nachdruck.“

Diese Resolution läßt die Vermutung aufkommen, daß das Einverständnis zwischen den Hamburger Unabhängigen und Sozialisten eines schönen Tages in die Brüche gehen wird.

Erwidern. Heilmann kann meine Angaben über meine Bekämpfung des „Vorwärts“ nicht widerlegen, beruft sich vielmehr nur auf einen aus dem Zusammenhang gerissenen, noch dazu hypothetischen Satz meines Artikels. Auf diese Methode reagiere ich nicht, muß aber neue Unwahrheiten Heilmanns berichtigen. Das von ihm sogar in Anführungsstriche gesetzte Ausdrucks „Prinzipienverräter“ habe ich nie gebraucht, er ist meinem Sprachgebrauch fremd. Noch freier ist die Unwahrheit, daß ich mich vergeblich um die Zulassung zur Mitarbeit an der „Globe“ und an der „A. N.“ bemüht hätte. Daß Heilmann, mit dem ich vor zehn Jahren ständiger Mitarbeiter des „Vorwärts“ Monatsblattes war, hier so wuchtig die Unwahrheit sagt, möchte ich nicht gern glauben. Auf alle Fälle schließe ich meinerseits hiermit die Diskussion. Dr. Broh.

Herr Dr. Broh will sich nicht vergeblich um Mitarbeit an der „A. N.“ und der „Globe“ bemühen haben. Woher rühren die unverständlichen Artikel von ihm, die wir liegen haben? Sein vollständiger Aufsatz, um den es sich hier handelt, liegt in unserem Bureau zu jedermanns Einsicht aus. Ihn ganz abzuwenden, würde der „Vorwärts“ wohl ablehnen. Broh macht darin im Gegensatz zum „Vorwärts“ für den Sonderfrieden mit Rußland Propaganda. Aus welchen Gründen dieser „Dresdener Sozialist“ plötzlich im vierten Kriegsjahr Unabhängiger geworden ist, darüber darf sich jeder seine zollfreien Gedanken machen. Schwamm drüber! Ernst Heilmann.

Wir schließen hiermit diese Diskussion. Neb. d. „Vorw.“

Industrie und Handel.

Die Börse.

Die Börse war am Dienstag wieder eher „fest“, was bei dem minimalen Geschäft allerdings nicht viel sagen will. Diese Festigkeit bedeutet nur, daß die Aktienkurse bei den jetzigen Tiefstufen nicht mehr verkaufen wollen und zum Durchhalten entschlossen sind, und daß auf der anderen Seite eine ziemlich bedingungslos Nachfrage besteht. Der Kassamarkt war Dienstag im Gegensatz zu den Vortagen fester.

Das Charakteristikum der jetzigen Börsen ist die evidente Kapitalflucht. Ersten haben eine märchenhafte Höhe erreicht. Die 4 1/2prozentige rumänische Staatsanleihe hat keine höhere Rentabilität mehr als die 5prozentige Kriegsanleihe. Sogar ungarische Renten sind gesucht.

Gefährdung der Zuckerindustrie.

Durch die plötzlich eingetretene Demobilisierung befindet sich die Zuckerindustrie in einer sehr ersten Krise, die leicht zu einem völligen Zusammenbruch der Zuckerkampagne führen kann. Es fehlt vor allem an Rohle und an Transportmitteln für die Rüben, die durch die plötzlich eingetretene kalte Witterung dem Verderben ausgesetzt sind. Die Herausziehung der Kriegsgefangenen aus den Betrieben rufen einen Arbeitermangel hervor, der bisher durch die Neuerfassung von demobilisierten Arbeitern bei weitem nicht ausgeglichen werden konnte.

Eine Arbeitsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels wurde gestern unter Mitwirkung von 43 Verbänden des Einzelhandels, die in Berlin Sitz oder Geschäftsstelle haben, in einer auf Einladung des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte im großen Saal der Handelskammer tagenden Versammlung gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Herr Heinrich Grünfeld gewählt. Die Geschäftsstelle befindet sich in den Geschäftsräumen des Artzreichsbundes, Charlottenstraße 66.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Gohls, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Traut. Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

A. WERTHEIM

Damen-Kleidung

Maß-Abteilung

- Mäntel und Jackenkleider aus guten Stoffen 425 M.
- Seid. Straßen- u. Abendmäntel 375 M.
- Seidene Jackenkleider in hellen und dunklen Farben 525 M.
- Seidene Nachmittags- u. Abendkleider in eleganter Ausführung, in 3 verschied. Preislagen 390, 475, 690 M.

Putz-Artikel

- Phantasies und Flügel 0.75 0.95 1.25
- Bandesu mit imit. Reiherspitzen 4.25
- Breites Bandeau mit Vogelkopf 5.25
- Lumineszierender in allen Farben 0.75 1.05 1.45 2.10

Kostüm-Röcke

nur gegen Berliner Bezugscheine

- Rock meliert 19.50 27.50 34.00 41.50
- Rock aus Tuch, schwarz und farbig 60.40

Morgen-Röcke

- Stepp-Matinee aus geblühtem Stoff mit Atlaskragen 75.00
- Morgenrock aus wollartigem Stoff mit Samtkragen u. Armelaufschlägen 110.00
- Stepp-Morgenrock a. geblühtem Stoff, offen und geschlossen zu tragen 125.00
- Morgenröcke aus Crêpe de Chine, elegante Formen 195.00

Damen-Hüte

- Garnierte Hüte 19.50 27.50 35.00
- Garnierter Filzhut mit Bandgarnitur 8.75
- Samthüte 14.75 19.50 25.00
- Samthüte 14.75 22.50 25.00
- Haarhüte großes Farbensortiment, moderne Formen 35.50
- Pelzhüte 22.50 29.50
- Lackhüte 13.75

Weißwaren

- Jabot aus Tüll mit Spitze 3.75 4.75
- Kragen für Blusen und Jacken, aus gesticktem Batist mit Spitzen-Ansatz 4.25
- Kragen für Blusen, aus Opal mit breiter Spitze 4.75
- Marabukragen 16.50 18.50
- Feder-Kolliers schwarz-weiß, mode-weiß, grau-weiß 30.00

Achtung, Genossen!
Die **Wahlen zum Arbeiter-Rat** des
Artillerie-Regiments Nord-Branden haben am
Donnerstag, den 28. Novbr. 1918
vormittags von 7,30 an statt.
Erleuchten Sie jedem!
Die Wahlkommission. A. K. Kopp.

Mitgliederversammlung
am **Donnerstag, 28. Nov.,** nachts 12 Uhr,
im **Lehrervereinshaus,** Alexander-
platz.
Eintritt gegen kleine Karten. Mitglied 3 enthält alles
Kassens. Niemand darf fehlen. 200/17
Freie Vereinigung der Hotel- u. Restaurations-Angestellten
Groß-Berlin, Burgstr. 28. Zimmer 81. Norden 7008.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54. Pflanzstr. 82-83.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Rmt Norden 185, 1280, 1957, 9714.

Achtung!
Donnerstag, den 28. November 1918,
abends 7,30 Uhr:

Branchen-Verfammlng
der **Elektromonteur und Helfer**
Groß-Berlins
in den Handwerkerkassen, Sophienstr. 18 (Hochzeitsaal).
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission über den Kollektivvertrag und
Stellungnahme dazu.
2. Verbände- und Branchenanliegenheiten.
Sämtliche Kollegen werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

Mittwoch, den 27. November 1918,
nachmittags 5 Uhr:

Verfammlng
aller **Militäreffekten-Gärtler**
im **Sofal von Gottlieb Schulz,** Oranienstr. 60.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu der wirtschaftlichen Lage der Branche.
2. Diskussion. 192/8
Die überaus wichtige Tagesordnung ersucht die Erscheinen
aller Kollegen. Die Ortsverwaltung.

Schneider Groß-Berlins
kommt zu der am **Mittwoch, den 27. November,**
nachmittags 6 Uhr, im **Schultheil, Neue Jakobstr. 21/23,**
stattfindenden
Verfammlng.
Es soll über die
Neueinteilung der Notstandsarbeiten
Bericht werden.
Der Beauftragte des Verdigungsamtes der
Handwerkskammer, Appel.

Verband der Sattler u. Portefejuiller.
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Militärbranche! Achtung!
Freitag, den **29. November 1918,** abends 8,1/2 Uhr,
im **Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15:**
Außerordentliche Branchen-Verfammlng
Tagesordnung:
1. Die Verhandlungen des Protokollkomitees über
die Tarifverhandlungen während der Übergangszeit.
2. Branchenanliegenheiten.
Kollegen! Es handelt sich um sehr wichtige Fragen. Ihre
erwarteten schätzlichen Erscheinen. Da der Saal um 8 Uhr ge-
öffnet sein muß, bitten wir, auch pünktlich zu erscheinen, da die
Verfammlng unbedingt um 8,1/2 Uhr eröffnet wird. 159/19
Die Branchenleitung.

Allgem. Deutscher Gärtner-Verein.
(Freie Gewerkschaft)
Verwaltung Groß-Berlin.
Berlin S 42, Linden-Ufer 1. Fernruf: Reichplatz 8725.
Gärtner! Gartenarbeiter! Gartenfrauen!
Donnerstag, den **28. November,** abends 8 Uhr, im
Gartenlandschaftshaus, Neue Friedrichstr. 35:
Verfammlng
für alle Arbeitnehmer der gärtnerischen Betriebe
von Groß-Berlin.
Tagesordnung:
1. Die zukünftige Stellung der Arbeitnehmer in der Gärtnerei.
Die neuen Arbeitslohn und Arbeitszeit geregelt werden? Referent:
Kollege Walter Kwasnik. 2. Bericht über den von den Ver-
handlungen über die Schaffung eines paritätischen Arbeits-
nachweises für Groß-Berlin.
3. Zu beiden Punkten freie Aussprache.
Kollegen! Kolleginnen! Mit dieser Verfammlng beginnen
wir einen neuen wichtigen Abschnitt der Arbeit für die Ver-
besserung unserer Daseins. Kommt darum alle. Auch die bis-
her Unorganisierten sind eingeladen. 208/12

Alle Frauen
werden hierdurch zu einer **öffentlichen Verfammlng**
am **Donnerstag, den 28. November,** abends 7,1/2 Uhr,
in den **Prachtstuden des Reichens, Berlin-Wilmersdorf,**
Spichernstr. 8, eingeladen. Eintritt frei! Einleitender Vortrag:
Welche Zukunft steht den Frauen bevor?
Vortragender: Friedrich Weber-Kobine, Schriftsteller.
181/6 Der Verbandsrat i. d. Allgemeinen Frauen-Parl.
Bureau: Charlottenb. Rosenstraße 27, Fernspr. Waldg. 4205

Die **Waisenhausverwaltung** in Charlottenburg sucht
eine größere Anzahl geeigneter **Pflegekinder** für Knaben und
Mädchen. Zweck betragen die Normalpflanzlager einschließlich
Lehrerunterstützung für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr bis 10. Bf.
monatlich, im 3. Lebensjahr bis 12. monatlich, im 4.-14. Lebens-
jahr 20 Bf. monatlich. Diese erhöhten Sätze hat die Deputation
für die Waisenpflege in ihrer letzten Sitzung mit ihrer Wirkung
vom 1. November ab bewilligt. Die Pflegekinder werden monat-
lich nachher bezahlt. Außerdem wird volle Verpflegung, zugleich
mit der durch den Stoffmangel bedingten Einschränkung, freie
ärztliche Behandlung und Arznei gewährt. Meldungen werden
halbtags an die **Waisenhausverwaltung, Rosenstraße 27,**
Bureau 9, erbeten. Näherer Auskunft wird dem im Zimmer 21,
Hinterhaus parterre, an den **Wachposten** in der Zeit von 12 bis
5 Uhr mittags erteilt. 201/14

Achtung! Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen
der städtischen Betriebe und Werke der Stadt Potsdam.
Donnerstag, den **28. November 1918,** abends pünktlich 8 Uhr,
im **Café Bismarck, Potsdam, Waisenstraße 50:**
Verfammlng
Tagesordnung:
1. Die Angelegenheiten und Arbeiter der städtischen Betriebe im modernen Deutschland.
Referent: Kollege Paul Strunk-Verein. 2. Freie Aussprache. 3. Verhandlungsergebnisse.
Werte Kollegen und Kolleginnen! In dieser äußerst wichtigen Verfammlng haben
wir alle in den städt. Betrieben beschäftigten Handwerker, Arbeiter, Hilfsarbeiter
und Angestellten ein. In Anbetracht dieser dringenden, der Zeit entsprechenden
Fragen erwarten wir schätzliches und pünktliches Erscheinen. Keiner darf fehlen!
Der Einberufer: **Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**
H. Strunk, Berlin W 57, Winterfeldstr. 24. Telephon: Söhn 2744/2747.

Ortskrankenkasse
für das **Maurergewerbe**
zu Berlin
O. 25, Henkestr. 4

Einladung
zu der am **Freitag, den 6. De-**
zember 1918, abends 8 Uhr,
im **Reichsraat Hindenburg,**
Berlin, **Poststraße 1** (Ver-
waltungsgebäude der Kasse, am
Schönhauser Tor - Völkersplatz
gegenüber) stattfindenden
ordentlichen
Ausschuss-Sitzung

der **Vertreter der Arbeit-**
geber und **Kassemitglieder.**
Tagesordnung:
1. Stellungnahme über die
Schließung der Kasse durch die
Rechtsverwaltung für das Ge-
schäftsjahr 1918 gemäß § 91 der
Kassensatzung. 205
2. Wahl des Rechnungsab-
schlusses zur Prüfung der
Rechnung für das Ge-
schäftsjahr 1918 gemäß § 91 der
Kassensatzung. 205
3. Stellungnahme über die
Schließung des Verbandes der
Kassensatzung im Hinblick auf
die Übernahme der Kasse durch
Berlin und Verfassung der
Kasse zum Verband.
Berlin, den 27. November 1918.

Der **Vorstand**
der **Ortskrankenkasse für das**
Maurergewerbe zu Berlin.
H. Vogel, H. Freund,
Vorstand, Schriftführer.

Läuse-
Kopfläuse mit Brot (Nisse) beseitigt
man am sichersten mit dem schnell-
wirkenden Radikalmittel „Läuse-
Töter“. Man mischt dabei Erbsen-
mehl und setzt auf das Schwereit
„Läuse-Töter“ 1/2 Pf. u. 1 Pf. Gegen
Kopfläuse: Kaiser-Oel 1 Pf. 1 Pf.
Körperlouse: Kesselpfad + H. 1. - We-
niger erhaltbar: Versand 4 Olla Falshel
Berlin 43 80, Rosenbohn Straße 4

Feind

Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!

Speisezimmer bestehend aus:
1 Büfett Eiche
1 Kredenz
1 Ausziehtisch
6 Stühlen
zusammen M. 2850

Herrenzimmer bestehend aus:
1 Bibliothek Eiche
1 Schreibtisch
1 runder Tisch
1 Schreibstempel
2 Stühlen
zusammen M. 2450

Schlafzimmer bestehend aus:
1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränken mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 teiligen Auflegematrassen mit Korkkissen
2 Stühlen
1 Mantelhalter
zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Gobelins-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen
in einfacher, mittlerer und eleganter Art.
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
Lombard-Bankgeschäft und Lagerspicherei
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königgraben.

Gardeförps
Helfv. Generalkommando
1918
Arbeiter- u. Soldatenrat.
Berlin O 2, den 28. Nov. 1918.

Behelfsmäßige Entlassung
von **Heeresangehörigen.**

1. Die vorläufige Entlassung der in Berlin eingetroffenen
Heeresangehörigen, aber Groß-Berliner Ersatz-Truppenteile
angehörigen Mannschaften pp. wird den Berliner Ersatz-
Truppenteilen übertragen, und zwar werden die Mann-
schaften mit den Namen nachfolgender:

A	Garde-Regt. 3. B.
B	Regt. Brandenburg.
C	Regt. Magdeburg.
D	Garde-Regt. (Magdeburg).
E	Regt. Inf.-Regt. 93.
F	Garde-Regt. 1. B.
G	Garde-Regt. 2. B.
H	Regt. Inf.-Regt. 64.
I	Garde-Regt. (Regt.)
J	Garde-Regt. (Regt.)
K	Garde-Regt. (Regt.)
L	Garde-Regt. (Regt.)
M	Garde-Regt. (Regt.)
N	Garde-Regt. (Regt.)
O, P, Q	Garde-Regt. (Regt.)
R, S	Garde-Regt. (Regt.)
T, U, V	Garde-Regt. (Regt.)
W, X, Y, Z	Regt. (Regt.)

2. Bei der vorläufigen Entlassung ist von den genannten
Ersatz-Truppenteilen den Mannschaften ein Bescheid eine Verord-
nung bis zu 30.- M. auf das zukünftige Entlassungsgeld
von 30.- M. nach Prüfung ihrer Posten zu zahlen.
3. Die endgültige Entlassung ist auf Grund dieser be-
stehenden Entlassung angenommenen Verhandlung abgeben, alsbald
in die Wege zu setzen.
4. Den bereits ordnungsgemäß von ihren Truppenteilen
am 9. November 1918 und später nach Berlin und Vorort
entlassenen, aber mit der Entlassungsgeld von 30.- M. noch
nicht abgeordneten Heeresangehörigen haben die genannten
Ersatz-Truppenteile die Beträge auf Grund der Entlassungsgeld-
auszahlung.
5. Mannschaften, die keinerlei Militärpapiere besitzen, ersuchen
den zur vorläufigen Entlassung nötigen Ausweis gegen Be-
zahlung genügender Heilrentenversicherungsbeiträge (Reichsrenten-
versicherung, Heilrentenversicherung, Lebensversicherung u. dergl.)
durch die Kommandantur Berlin, Georgenstr. 47, 2 Treppen.

B. G. d. St. G. S.
Unter Aufsicht des Volksguard.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.
geg. Wetz.
gez. v. Hebr.

Im Felde wie in der Heimat hat sich als
beste Fahrradbereitung
bewährt, die bei den Prüfungsfahrten mit den ersten
Preisen und Diplomen ausgezeichnete verbesserte
Loc-Bereifung

Klammermodell 1918.
Kein Anpumpen, stets fahrbereit, geräusch-
loser Gang, Einstellbar wie Pneumatik.
Verlangen Sie kostenlose Prospekte von Loc, Fabrik-
elastischer Radbereitung ohne Pneumatik, G. m. b. H.,
Mainz - Kostheim, Tel. Mainz 674.
Wiederverkäufer erhalten entsprechende Rabat.
Reparaturen werden wieder angenommen. 151/2

Dreharbeit gesucht
Für Durchbohrung sowie an genau, saubere
Arbeit geübten Werkzeugmacher suchen wir für Welt-
spindel - Spizen - Drehbohrer, Mund- und Flächen-
schleifmaschinen geeignete Beschäftigung. Der exakte
Servicearbeit, Material, Reinmach-, Vorrichtungen,
feine Apparate, Latäder, Lebern, 192/13
Berlin SO 16,
Olah & Co., Copenicker Str. 108.

To all British prisoners of war in Germany.
1. The German war office has instructed all
concerned to hasten forwarding of parcels from abroad
to camps and commandos.
2. The necessary steps for early repatriation
are being taken. Any unauthorised straggling will lead
to hardships and will delay your release.
British Red Cross. 144/18*

Einen großen Posten
Schlafzimmer eiche und gestrichen
komplett von 1800 M. an
Küchen in allen Farben von 875 M. an
Wohnzimmer in jeder Holz- und Stilart
von 650 M. an
Sofas in prima Plüsch von 325 M. an
sowie **Sinzel- u. Kleinmöbel** aller Art
zu verkaufen, solange Vorrat. 190L
Möbelhaus N. Stolzmann,
Berlin SW, Belle-Alliance-Straße 100.
Kriegsanleihen und Sparkassenscheine nehmen in
Zahlung
Auf Wunsch auch Zahlungserleichterung.

1000 M. Belohnung
erhält derjenige, welcher mit dem Urheber
jener wahrheitswidrigen Gerüchte angeben
kann, welche über mich und meine Firma
höflichstgezeigt in Umlauf gesetzt worden
sind. 1876
Max Fischer,
Photographisches Atelier,
Brunnenstr., Ecke Invalidenstr. 194.

Griffenz für Heimlehrende
mit geringem Kapital bei Gründung einer Gummi-
Reparatur-Anstalt für Federn und Schläuche usw.
Zufuhrapparate, Materialien und sachmännliche
Unterstützung. Augenblicklich große Gelegenheits-
offen Apparaten mit Garantie. 1431
Fleming & Co. G. m. b. H.,
Charlottenburg 4, Späherstr. 50

Künstl. Zähne mit echtem
Friedenskantschuk
Goldkronen, Brücken, Plomb, Zähne ohne Platte, Zahnziehen
mit Betäubung, Umarbeit, Reparatur sofort. Billige Preise, auch Teilz.
Zahn-Praxis **M. Löser,** Brunnenstr. 185,
zwischen Rosenthal-Platz u. Invalidenstr., Spt. 2-1, 3-7, Sonnt. 10-12.

Polz-
waren in großer
Einzelverkauf
wie billiglich
zu billigen Preisen.
S. Schlesin'er
Neue Rosenstr. 21
kein Laden, II. Stock
Bitte gehen zur Firma
und Hausnummer 21
zu achten.

Auf
Kredit
Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke
zu billigsten Preisen.
Kleinste Anzahlung.
Bequemste Abzahlung.
Größte Rückzahl.
A. Stein
Oranienstr. 1
Hochbahn-Station
Oranien-
Straße

